

Niederschrift
über die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses
am 17.10.2023

Tagungsort: Rochdale-Raum, 2. OG, Altes Rathaus

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:43 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Vincenzo Copertino

Herr Stephan Richter

Frau Ursula Schineller

Herr Michael Weber

Vertretung für Frau Bauer

SPD

Herr Melchior Fluhme

Frau Sylvia Gorsler

Frau Regine Weißenfeld

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Jana Bohne

Herr Serafin Eilmes

Herr Joachim Hood

Frau Ruth Wegner

Vertretung für Frau Labarbe

FDP

Herr Nick Focke

Die Partei

Herr Christian Loth

Vertretung für Frau Asmuth

AfD

Herr Dr. Florian Sander

Die Linke

Frau Angelika Beier

Beratende Mitglieder

Frau Murisa Adilovic

Frau Iris Huber

Herr Rüdiger Klein

Integrationsrat

Seniorenrat

Psychiatriebeirat

Beratende Mitglieder nach § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NRW

Herr Robert Alich

Herr Michael Gugat

Frau Gordana Kathrin Rammert

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Kai Wittler

Vertretung für Herrn Winkelmann

Verwaltung

Herr Martin Adamski	Beigeordneter Dezernat 3
Frau Silke Aron	Büro für Sozialplanung
Herr Holger Becker	Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt
Herr Jakob Bergen	Büro für Sozialplanung
Frau Barbara Choryan	Amt für Verkehr zu TOP 7
Herr Stephan Doodt	Amt für soziale Leistungen - Sozialamt -
Herr Yashar Gooklani	Amt für soziale Leistungen - Sozialamt -
Frau Julia Harmsen	Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt
Herr Peter Hiltawsky	Amt für soziale Leistungen - Sozialamt -
Herr Michael Kokemor	Amt für soziale Leistungen - Sozialamt -
Frau Gisela Krutwage	Amt für soziale Leistungen - Sozialamt -
Herr Aiko Linnenbürger	Amt für soziale Leistungen - Sozialamt -
Herr Simon Löwenstein	Fraktionsreferent CDU-Fraktion
Herr Ingo Nürnberger	Erster Beigeordneter Dezernat 5
Herr Björn Palma	Stab Dezernat 5
Frau Agnieszka Salek	Gleichstellungsstelle
Herr Norbert Wörmann	Kommunales Integrationszentrum

Gäste

Herr Ulrich Paus	AG Wohlfahrtsverbände
Herr Christian Roebbers	Jugendberufsagentur
Herr Oliver Wittler	Jugendberufsagentur

Schriftführung

Frau Britta Zimmermann	Amt für soziale Leistungen - Sozialamt -
------------------------	--

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzende Frau Gorsler begrüßt die Anwesenden zur 31. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Zwischen der CDU und der SPD sei Pairing vereinbart worden.

Zur Tagesordnung stellt sie fest, dass zu Tagesordnungspunkt 3 „Anfragen“ eine weitere fristgerechte Anfrage der CDU mit der Drucks.-Nr. 6924 vorliege. Die Antworten der Verwaltung zu den Punkten 3.1 bis 3.3 seien im Ratsinformationssystem eingestellt. Zu Tagesordnungspunkt 4 „Anträge“ lägen keine Anträge vor.

Es gibt keine weiteren Anmerkungen zur Tagesordnung, die Anwesenden sind mit der genannten Erweiterung einverstanden.

Zu Punkt 1

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 30. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 29.08.2023

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 30. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 29.08.2023 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 2

Mitteilungen

Zu Punkt 2.1

Inklusionsdinner 2023

Vorsitzende Frau Gorsler verweist auf die mit der Einladung versandte Mitteilung des Büros für Sozialplanung.

Zu Punkt 2.2

Bericht zur Umsetzung Stärkungspakt NRW - gemeinsam gegen Armut

Vorsitzende Frau Gorsler verweist auf die zur Sitzung zur Verfügung gestellte Mitteilung des Dezernates 5 Soziales/Integration.

Zu Punkt 2.3 Corona-Aktionsplan: Inanspruchnahme der Haushaltsmittel 2023

Vorsitzende Frau Gorsler verweist auf die mit der Einladung versandte Mitteilung des Büros für Sozialplanung.

Zu Punkt 2.4 Neu im Pflegeportal: Ampelsignal für freie Kapazitäten

Vorsitzende Frau Gorsler verweist auf die mit der Einladung versandte Mitteilung des Amtes für soziale Leistungen -Sozialamt.

Zu Punkt 2.5 mündliche Mitteilung des Dezernates 3 zur Erhöhung der CVUA-Umlage

Beigeordneter Herr Adamski teilt mit, dass sich die Umlage für das Chemische und Veterinäruntersuchungsamt Ostwestfalen-Lippe (CVUA-OWL) in 2024 aufgrund der Kostensteigerungen für Energie und Personal um 65.000 Euro erhöhen werde. Dies sei im Haushaltsplan des Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes berücksichtigt.

Auf die Frage von Herr Gugat nach einer Spezifizierung der Steigerung antwortet Herr Adamski, dass die Umlage einwohnerabhängig sei und sagt eine tabellarische Übersicht zu, welche der Niederschrift als Anlage (**Anlage 1**) beigelegt ist.

Zu Punkt 2.6 Inhalt der Stellungnahme zur Krankenhausplanung des Gesundheitsamtes

Vorsitzende Frau Gorsler verweist auf die mit der Einladung versandte Mitteilung des Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes.

Zu Punkt 2.7 mündliche Informationen aus der kommunalen Gesundheitskonferenz am 27.09.2023

Vorsitzende Frau Gorsler informiert über die öffentliche Sitzung der kommunalen Gesundheitskonferenz am 27.09.2023. Themen waren u.a. die kommunalen Gesundheitsziele und der Hitzeaktionsplan. Die vorgestellten Lösungsansätze für die hausärztliche Versorgung seien kontrovers diskutiert worden.

Zu Punkt 3 **Anfragen**

Zu Punkt 3.1 **Erkenntnisse über und Maßnahmen gegen Einsamkeit bzw. soziale Isolation (Anfrage der CDU-Ratsfraktion vom 05.10.2023)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6879/2020-2025

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die schriftliche Antwort der Verwaltung zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 3.2 **Freiwillige soziale Leistungen der Stadt Bielefeld (Anfrage der CDU-Ratsfraktion vom 05.10.2023)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6880/2020-2025

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die schriftliche Antwort der Verwaltung zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 3.3 **Nachfolgelösungen des Landes NRW als Ersatz für die Unterkunft „Oldentruper Hof“ innerhalb von Bielefeld (Anfrage der CDU-Ratsfraktion vom 10.10.2023)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6924/2020-2025

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die schriftliche Antwort der Verwaltung zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 4 **Anträge**

Es liegen keine Anträge vor.

-.-.-

Zu Punkt 5

Bericht der Jugendberufsagentur zum Bielefelder Ausbildungsfonds

Vorsitzende Frau Gorsler begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Wittler und Herrn Roebbers als Vertreter der Jugendberufsagentur. Diese führen kurz in das Thema ein, indem sie über die „Bielefelder Nacht der Berufe“ am 08.09.2023 und die geplante Berufsinformationsbörse „startklar“ am 02.02.2024 berichten (**Anlage 2**).

Herr Wittler verweist auf den vorgelegten Zwischenbericht zu den vier Bereichen

- Übergangmanagement ab Klasse 9
- Beratung am Berufskolleg
- Quartiersarbeit
- Ausweitung der Angebote nach § 16h SGB II.

Bis auf den letzten Punkt seien diese Punkte abgeschlossen und evaluiert.

Im Anschluss bittet die Vorsitzende Frau Gorsler um Fragen zum vorgelegten Zwischenbericht.

Frau Beyer fehlt im Zwischenbericht eine Aussage zum Projekt § 16 h SGB II. Sie möchte wissen, wie viele Menschen dadurch erreicht worden und wie viele Wohnungen und Maßnahmen vermittelt worden seien. Herr Wittler kündigt an, dass die entsprechenden Daten zum Jahresende beim BAJ e.V. abgefragt und mit dem nächsten Bericht zur Verfügung gestellt würden.

Frau Rammert fragt, ob die Unternehmen bei der Durchführung der Nacht der Berufe unterstützt würden. Sie habe aus eigener Erfahrung sehr unterschiedliche Qualitäten bei den Angeboten festgestellt. Herr Wittler antwortet, dass die angebotene Hilfe seitens der Jugendberufsagentur von den Betrieben unterschiedlich angenommen werde. Es werde auch im Nachgang der Veranstaltung Gespräche mit den Unternehmen geben.

Frau Rammert schlägt vor, bei künftigen Veranstaltungen die „my siggi“-Leihräder nicht nur an einer zentralen Stelle anzubieten. Weiterhin sollten die Unternehmen, welche Tagespraktika anböten, durch ein Icon gekennzeichnet werden. Diese Vorschläge nimmt Herr Wittler mit.

Herr Eilmes fragt nach, welche Probleme bei Beratungen von Jugendlichen auftauchen, die sich nicht (nur) durch Bewerbungstrainings beheben ließen. Hierzu verweist Herr Wittler auf seine Antwort an Frau Beyer und nimmt den Wunsch nach einer differenzierten Darstellung der Projektzahlen zu § 16 h SGB II mit. Bei anderen Maßnahmen werde nicht nach unterschiedlichen Problemstellungen geclustert, oftmals gehe es um multifaktorielle Problemstellungen. Auch dazu solle es im nächsten Zwischenbericht Ausführungen geben.

Herr Eilmes möchte weiterhin wissen, ob sich die Zahl der unversorgten Jugendlichen reduziert habe und ob die Quote der Schulabbrecher*innen zurückgegangen sei, möglicherweise auch, weil aufgrund der Beratungen vermehrt Ausbildungen und weniger der ziellose Besuch von weiterführenden Schulen angestrebt würde. Da er hierzu nicht sofort genaue Zahlen

nennen könne, sagt Herr Roebers zu, dem den Sozial- und Gesundheitsausschuss die gewünschten Angaben zuzuleiten, sobald sie ihm vorlägen. Die Entwicklung sei insgesamt positiv, gerade weil sich die Situation in Richtung eines Bewerbermarktes verändere. Inwieweit sich eine verbesserte Versorgung unmittelbar als Auswirkung solcher Veranstaltungen ableiten lasse, müsse offenbleiben.

Frau Weißenfeld merkt an, dass die Gesamtschule Quelle nicht beim Übergangsmanagement ab Klasse 9 auftauche. Herr Wittler beantwortet diese Frage in der Niederschrift wie folgt:

„Zur Gesamtschule Quelle: Diese Schule hatte bereits vor der Initiierung der einzelnen Projekte im Rahmen des Ausbildungsfonds eine Erweiterung des dortigen Übergangsmanagements auf Klasse 9 über das Programm „Geld statt Stellen“ bewirkt. Insofern ist diese Gesamtschule mit der Leistung bereits auf anderem Weg versorgt gewesen und „fehlt“ daher im Rahmen des Ausbildungsfonds.“

Herr Hood äußert seine Erwartung, die Maßnahmen und die dafür notwendigen Investitionen zu lenken. Dazu wünsche er sich im nächsten Bericht deutlichere Aussagen. Er fragt danach, wie es weitergehe und ob die Finanzierung durch die Agentur gesichert sei. Herr Wittler antwortet, dass die vier Maßnahmen des Ausbildungsfonds gerade auf die individuelle Betreuung und Freiwilligkeit abzielten und dass die bisherigen Maßnahmen erfolgreich waren.

Herr Roebers teilt mit, dass es 2024 wieder eine Nacht der Berufe geben werde und dass für eine Verstetigung dieses Angebotes Fördergelder akquiriert würden. Hierzu ergänzt Herr Wittler, dass sich die teilnehmenden Betriebe an den Material- und Sachkosten über Sponsorengelder beteiligten. Personalkosten könnten nicht über ein Sponsoring-Modell finanziert werden. Die Jugendberufsagentur erarbeite Vorschläge, wie es weitergehen könne, wenn die Mittel aus dem Ausbildungsfonds aufgebraucht seien. Das Übergangsmanagement an Realschulen werde z.B. aus dem Integrationsbudget finanziert und auch Drittmittel sollten für die Verstetigung der Maßnahmen eingeworben werden.

Vorsitzende Frau Gorsler bedankt sich zum Abschluss bei Herrn Roebers und Herrn Wittler und wünscht weiterhin viele gute Ergebnisse im Sinne der Bielefelder Jugendlichen.

-.-.-

Zu Punkt 6

Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen 2023 bis 2025 - Dynamisierung der Vertragssummen

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6888/2020-2025

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger erläutert, warum ihm die frühzeitige Information der Politik über die Situation wichtig sei. Aufgrund der nicht ausreichenden Dynamisierung müsse künftig mit Problemanzeigen der Träger und Leistungseinschränkungen während der Vertragsperiode gerechnet werden. Eine Positionierung der Ratsgremien zu diesem Thema wäre hilfreich.

Herr Paus ergänzt, dass die Stärkungspaktmittel im laufenden Jahr 2023 geholfen hätten, aber für Träger mit großen Sachkostenbereichen bleibe es problematisch.

Herr Hood begrüßt die frühzeitige Information und führt aus, dass zum jetzigen Zeitpunkt keine Aussage zu Anpassungen getroffen werden könne.

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Informationsvorlage der Verwaltung zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 7

Umsetzung der Mobilitätsstrategie 2030; hier: Fußverkehrsstrategie - Leitfaden

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4675/2020-2025

Vorsitzende Frau Gorsler begrüßt Frau Choryan, die kurz die Historie der Vorlage vorstellt. Sie erläutert die Umsetzung des Zusatzbeschlusses des Stadtentwicklungsausschusses (StEA). Hierfür habe sie der Bezirksvertretung Heepen stadtteilspezifisch über das Konzept berichtet. Weiterhin solle es ein Gesamtmobilitätskonzept für den Stadtteil Baumheide geben, welches derzeit in Arbeit sei. Sie berichtet, dass die Vorbehalte aus Heepen ausgeräumt werden konnten und der Zusatzbeschluss des StEA ausreiche, um die Belange aus Heepen zu berücksichtigen.

Auf die Frage von Herrn Dr. Sander antwortet Frau Choryan, dass die Fußgängerstrategie ausdrücklich thematisiere, dass die Gehwege den zu Fuß Gehenden zurückgegeben werden und spezielle Flächen für Sharing-Produkte wie z.B. E-Scooter oder auch Sondernutzungen zur Verfügung gestellt werden müssten. Frau Wegner regt an, das Parken auf Bürgersteigen einzuschränken. Zum Hinweis von Herrn Dr. Sander, dass auch Mülltonnen die Gehwege blockierten antwortet Herr Adamski, dass hierfür die Grundstückseigner in der Pflicht seien, der Umweltbetrieb aber auch seine Mitarbeitenden entsprechend sensibilisiere.

Herr Copertino zweifelt an, dass die Einwände der Bezirksvertretung Heepen ausgeräumt seien. Er sehe weiterhin Widersprüche in der Vorlage, wolle aber die Ausführungen der CDU-Fraktion im Fachausschuss hier nicht wiederholen. Die hier geforderten Maßnahmen seien in anderen Zusammenhängen teilweise anders beschlossen worden. Die CDU-Fraktion habe die Beschlussvorlage im Fachausschuss abgelehnt und werde das auch im Sozial- und Gesundheitsausschuss tun.

Frau Beyer möchte unter Bezugnahme auf den Zeitstrahl wissen, welche Maßnahmen bisher tatsächlich umgesetzt worden seien. Frau Choryan antwortet, dass im Amt für Verkehr eine Teilzeit-Stelle (0,5 VZÄ) für das Thema Fußverkehr eingerichtet worden sei. Es seien Fördermittel gewonnen worden z.B. für eine Kampagne zum gemeinsamen Rad- und Fußverkehr. Das hohe Potenzial in Bielefeld aufgrund der Grünzüge könne genutzt und daneben auch alltagstaugliche Wege angeboten werden. Der

barrierefreie Ausbau von Bushaltestellen werde vorangetrieben. Fußverkehrsmaßnahmen und die dafür notwendigen Standards würden in die aktuellen Planungen einbezogen, z.B. 2,50 m breite Fußwege.

Auf die Nachfrage von Frau Beyer zu einer konkreten, für 2023 angekündigten Maßnahme führt Herr Adamski aus, dass für die Umsetzung der politische Beschluss zur Vorlage notwendig sei, auf den das Amt für Verkehr seit März warte.

Herr Richter nimmt zur Erhöhung des Stellenplanes Stellung: die Stellen würden allein im Amt für Verkehr angesiedelt, während er einen erhöhten Aufwand auch bei den Bezirksämtern sehe.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss beschließt die Fußverkehrsstrategie:

- 1. Der Leitfaden (Anlage 1) wird als Ergänzung und Konkretisierung zu dem bereits beschlossenen Leitbild und den Zielen der Fußverkehrsstrategie beschlossen.**
- 2. Das projektbegleitende Fachteam bestehend aus Vertreter*innen von Bauamt, Gesundheitsamt, Umweltamt und Amt für Verkehr unter der Federführung des Amtes für Verkehr wird wie empfohlen weiter fortgeführt und anlassbezogen erweitert. Entsprechende personelle Ressourcen werden von den jeweiligen Ämtern im Stellenplanverfahren 2024 angemeldet.**
- 3. Der Realisierungszeitraum, die erforderlichen Ressourcen und die Umsetzbarkeit der Maßnahmenvorschläge (siehe Anlage 2: Gesamtbericht) werden konkretisiert und zur Umsetzung vorbereitet, möglichst in laufende Prozesse und Maßnahmen integriert und in der jeweiligen Zuständigkeit zur Beschlussfassung vorgelegt. Hier soll für den Haushalt des Amtes für Verkehr ab 2024 jährlich ein Ansatz von 200.000 € (konsumtiv) angemeldet werden.**
- 4. Die Verwaltung wird beauftragt für die Stadt Bielefeld einen Beitrittsantrag bei FUSS e.V. zu stellen.**

- mit Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 8

Ombudspersonen nach § 16 WTG - Umsetzung bei der Stadt Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6847/2020-2025

Vorsitzende Frau Gorsler begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Kokemor, der mittels einer Präsentation (**Anlage 3**) die Thematik vorstellt. Im Anschluss beantwortet er Fragen hierzu.

Die Anregung von Frau Adilovic, die Anforderungen an die Ombuds-Person ausdrücklich um multikulturelle Kompetenz zu erweitern, wird nicht aufgegriffen. Die Problematik sei, nachhaltig eine geeignete Person zu finden, die mit vielfältigen Zielgruppen und Lebenserfahrungen umgehen könne, dafür sei die transkulturelle Kompetenz nur eine Perspektive und es solle keine einseitige Fokussierung geben.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt zu beschließen:

- 1. Die Stadt Bielefeld richtet die Funktion der ehrenamtlich tätigen Ombudsperson(en) gemäß § 16 Wohn- und Teilhabe-gesetz (WTG) NRW ein. Der Richtlinie zur Arbeit der Ombudsperson(en) wird zugestimmt. (Anlage 1)**
- 2. Die Bestellung der Ombudsperson(en) erfolgt durch den Sozial- und Gesundheitsausschuss.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 9

Benennung von Mitgliedern des Psychiatriebeirates

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6750/2020-2025

Ohne Aussprache fasst der Sozial- und Gesundheitsausschuss folgenden

Beschluss:

Nach Nr. 4 der Satzung des Psychiatriebeirates in der Fassung der 3. Änderungssatzung vom 07.04.2022 werden folgende Personen als Mitglieder des Psychiatriebeirates ernannt:

<u>Name:</u>	<u>Institution</u>
Frau Cornelia Neumann (bisher: Frau Christiane Fast-Schwaika)	Fachgruppe Beratung und Therapie der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft
Herr Udo Pohle	auf Vorschlag des Vorstandes des Psychiatriebeirates als Angehöriger von Menschen mit psychischer bzw. Suchterkrankung in Bielefeld

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 10 **Städtische Einrichtungen zur Unterbringung von wohnungslosen und geflüchteten Personen**

Zu Punkt 10.1 **Übersicht über die städtischen Einrichtungen zur Unterbringung von wohnungslosen und geflüchteten Personen**

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger gibt anhand einer Präsentation einen Überblick über die städtischen Einrichtungen zur Unterbringung von wohnungslosen und geflüchteten Personen. Die Präsentation wird der Niederschrift beigelegt (**Anlage 4**).

Im Anschluss beantworten Herr Gooklani vom Amt für soziale Leistungen - Sozialamt - und Erster Beigeordneter Herr Nürnberger Fragen. Herr Hood und Herr Weber begrüßen, dass es aktuell noch einen Puffer bei der Belegung gebe. Letzterer bittet darum, für den Ersatz des Standortes Ernst-Rein-Straße die zeitliche Perspektive und mögliche Alternativstandorte zu konkretisieren.

-.-.-

Zu Punkt 10.2 **Benutzungs- und Gebührensatzung der Stadt Bielefeld für städtische Unterkünfte für Flüchtlinge und Obdachlose**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6421/2020-2025

Frau Beyer bittet darum, wo es möglich sei, den Begriff „geflüchtete Person“ anstelle von „Flüchtling“ zu verwenden. Hierzu entspannt sich eine kurze Diskussion, in der die Verwaltung auf die Notwendigkeit von rechtssicheren Formulierungen in der Satzung hinweist.

Es werden keine Anträge gestellt, so dass Vorsitzende Frau Gorsler über die Beschlussvorlage abstimmen lässt.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld zu beschließen:

- 1. Die „Satzung über die Errichtung und Unterhaltung von städtischen Unterkünften für Wohnungslose der Stadt Bielefeld“ vom 10. März 1997, in der aktuellen Fassung der 8. Änderungssatzung vom 14.12.2015 tritt zum 01.02.2024 außer Kraft.**
- 2. Die neue „Benutzungs- und Gebührensatzung der Stadt Bielefeld für städtische Unterkünfte für Flüchtlinge und Obdachlose“ tritt zum 01.02.2024 in Kraft.**

- mit großer Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 11

Weiterführung des Sprachtrainings für Frauen - "Deutsch im Alltag"

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6751/2020-2025

Herr Paus hält die Fortführung des Angebotes für sinnvoll. Er weist darauf hin, dass es ein ähnliches Angebot – die Sprachcafés - bei den freien Trägern gegeben habe, welches von der REGE mbH durch städtische Mittel finanziert worden sei. Nach Auskunft der REGE mbH würden die Sprachcafés nicht weiter fortgeführt, so dass die Mitarbeitenden bei den freien Trägern nun freigesetzt würden. Er wünsche sich für die Sprachcafés die gleiche Unterstützung wie für das Sprachtraining für Frauen.

Herr Hood sagt, er habe keine Bedenken gegen eine Mittelübertragung aus dem Integrationsbudget 2023 in das nächste Haushaltsjahr, allerdings sehe er sich angesichts dieser neuen Informationen nicht in der Lage, abschließend über die konkrete Mittelverwendung zu beschließen. Frau Adilovic berichtet, dass der Integrationsrat beraten habe und das Projekt weiter aus den Mitteln des Integrationsbudgets unterstützen möchte.

Frau Salek antwortet Frau Weißenfeld, dass das Sprachtraining für Frauen ein niedrigschwelliges Angebot sei für Frauen, für die Sprachkurse keine Möglichkeit seien. Es sei quartiersbezogen und an die Familienzentren angebunden, um alle Frauen zu erreichen, auch die, die schon lange hier lebten oder auch nicht alphabetisiert seien.

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger erläutert, dass die REGE-Sprachcafés nicht mehr in der Projektliste des Integrationsbudgets enthalten seien und daher keine Mittel von dort bekämen. Er sagt zu, nochmal zu prüfen, ob es eine Finanzierungsmöglichkeit für die REGE-Sprachcafés über Restmittel des Integrationsbudgets gebe.

Herr Hood regt an, nach einer nachhaltigen Finanzierung unabhängig von den Mitteln aus dem Integrationsbudgets zu suchen, um die Angebote auch nach 2024 aufrecht zu erhalten.

Herr Weber möchte, dass in der Beschlussvorlage sowohl das Sprachtraining für Frauen als auch die Sprachcafés der REGE mbH behandelt, aber nicht die Angebote gegeneinandergestellt würden.

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Informationsvorlage der Verwaltung zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 12

Open Sundays - Etablierung als Regelangebot und finanzielle Absicherung

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6718/2020-2025

Frau Weißenfeld begrüßt das Angebot und wünscht sich eine Etablierung an allen Standorten. Bei haushaltsrelevanten Entscheidungen bestehe aber die Notwendigkeit, die Beschlüsse vorbehaltlich der abschließenden Haushaltsberatungen durch den Finanz- und Personalausschuss und den Rat zu treffen. Sie beantragt, den Beschlussvorschlag dahingehend zu ergänzen.

Vorsitzende Frau Gorsler lässt über den ergänzten, abweichenden Beschlussvorschlag abstimmen.

Abweichender Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss beschließt **vorbehaltlich der Haushaltsberatungen:**

- 1. Der Open Sunday soll in den Bielefelder Stadtbezirken als regelmäßiges, niedrighschwelliges Bewegungsangebot etabliert und abgesichert werden.**
- 2. Zur dauerhaften finanziellen Absicherung des Open Sunday in Bielefeld werden die bereits im Haushalt von 540 eingestellten, aber nicht benötigten Finanzmittel für die Maßnahme „Viertel-punkt“ in Höhe von 140.666 € für das Jahr 2024 und in Höhe von 163.212 € ab dem Jahr 2025 umgewidmet.**

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 13

Inbetriebnahme der neuen Stadtteilzentren Oberlohmannshof und Windflöte **hier: Aktueller Planungsstand und Finanzierung des Betriebs**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6481/2020-2025

Vorsitzende Frau Gorsler erläutert, dass der Beschlussvorschlag für das Jahr 2023 bereits entschieden worden sei. Heute gehe es um den Beschluss zu der im Haushaltsentwurf 2024 eingeplanten Finanzierung sowie darüber hinaus zu weiteren Finanzmitteln für die Jahre 2024 und folgende.

Frau Weißenfeld betont, dass sich die Vertreter*innen der Koalition einig seien, dass der Betrieb der Einrichtungen starten bzw. weitergehen solle. Daher würden sie die Verwendung der im Haushaltsplan 2024 veranschlagten Mittel bewilligen. Über die darüber hinaus gehenden notwendigen Mittel solle abschließend der Finanz- und Personalausschuss beraten.

Da es dabei um die erhöhte Miete gehe, sei sie sich bewusst, dass es letztendlich ein „linke Tasche – rechte Tasche“- Sachverhalt ohne Ergebniswirksamkeit sei.

Die Verwaltung könne keine von Herrn Hood in der letzten Sitzung angefragte Finanzierungsalternative nennen.

Abweichender Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld zu beschließen:

1. *Ratsbeschluss vom 14.09.2023*
2. *Ratsbeschluss vom 14.09.2023*
3. **Den Finanzierungsvorschlägen unter 3.1. und 3.2. für das Jahr 2024 ff wird insoweit zugestimmt, als sie bereits im vorgelegten Haushaltsentwurf 2024 enthalten waren und die Verwaltung wird beauftragt, diese umzusetzen. Die darüberhinausgehenden Finanzmittel stehen unter dem Vorbehalt der Haushaltsberatungen.**

3.1. Abschluss von Leistungs- und Finanzierungsverträgen mit der Gesellschaft für Sozialarbeit e.V. für die Vorbereitung der Eröffnung/ die Inbetriebnahme sowie für die Leitung und den laufenden Betrieb des Stadtteilzentrums Oberlohmannshof

01.08.2023- 31.10.2023: Bewilligung von Personal- und Sachkosten i.H.v. 28.250 € für die Vorbereitung der Eröffnung und für die Inbetriebnahme des Stadtteilzentrums Oberlohmannshof (Deckung durch Minderausgaben im Budget von 540 vorhanden)

01.11.2023- 31.12.2023: Bewilligung von Personal- und Sachkosten i.H.v. 74.982 € für die Leitung und den Betrieb des Stadtteilzentrums Oberlohmannshof (Deckung durch Minderausgaben im Budget von 540 und Mittelumschichtung –Nachbewilligung durch den Stadtkämmerer- aus dem Haushalt von 510 vorhanden)

2024ff: Bewilligung von Personal- und Sachkosten i.H.v. 581.428 € jährlich für die Leitung und den Betrieb des Stadtteilzentrums

Im Haushaltsplanentwurf sind bislang Finanzmittel für 2024 von 525.301 € vorgesehen, so dass zusätzliche Haushaltsmittel für den ungedeckten Mehrbedarf i.H.v. 56.127 € in 2024 ff. bewilligt werden und über eine Veränderungsliste in die Etatberatungen einzubringen sind.

3.2. Abschluss von Leistungs- und Finanzierungsverträgen mit dem DiakonieVerband Brackwede für die Vorbereitung der Eröffnung/die Inbetriebnahme sowie für die Leitung und den laufenden Betrieb des Stadtteilzentrums Windflöte

01.10.2023- 31.12.2023: Bewilligung von Personal- und Sachkosten i.H.v. 24.750 € für die Vorbereitung der Eröffnung und für die Inbetriebnahme des Stadtteilzentrums (Deckung im Budget von 540 vorhanden)

2024ff: Bewilligung von Personal- und Sachkosten i.H.v. 257.345 € jährlich für die Leitung und den Betrieb des Stadtteilzentrums Windflöte

Im Haushaltsplanentwurf sind bislang Finanzmittel für 2024 von 251.450 € vorgesehen, so dass zusätzliche Haushaltsmittel für den ungedeckten Mehrbedarf i.H.v. 5.895 € in 2024 ff. bewilligt werden und über eine Veränderungsliste in die Etatberatungen einzubringen sind.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 14

Weiterführung des Teilhabefonds ab 2024

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6870/2020-2025

Herr Hood beantragt, auch hier den Beschlussvorschlag um den Vorbehalt der Haushaltsberatungen zu ergänzen.

Herr Copertino schließt sich dem an und bittet, den Namen seiner Stellvertreterin zu ändern, Frau Varnholt heiße schon seit längerem Frau Schineller.

Vorsitzende Frau Gorsler lässt über den ergänzten und korrigierten, abweichenden Beschlussvorschlag abstimmen.

Abweichender Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld **vorbehaltlich der Haushaltsberatungen zu beschließen:**

1. Der Teilhabefonds wird für drei Jahre ab 2024 im Umfang von 150.000 € jährlich weitergeführt. Die Finanzierung der hierfür erforderlichen Mittel in Höhe von insgesamt 450.000 € erfolgt aus bereits veranschlagten Haushaltsmitteln des Büros für Sozialplanung (540).

2. Die in der Anlage beigefügten geltenden Richtlinien zur Vergabe der Projektmittel werden weiterhin angewendet.

3. Das vorhandene Vergabegremium bleibt bestehen. Dieses Gremium empfiehlt dem Sozialdezernat mind. zwei Mal im Jahr mittels $\frac{3}{4}$ -Mehrheitsbeschluss, welche Projekte gefördert werden sollen. Das Vergabegremium setzt sich wie folgt zusammen:

- **3 Vertreter*innen der Kommunalpolitik:**

- CDU-Fraktion: Herr Copertino, Frau **Schineller** (Stellvertreterin)
- SPD-Fraktion: Frau Gorsler, Herr Kollmeier (Stellvertreter)
- Fraktion Bündnis 90/Grüne: Herr Hood, Frau Bohne (Stellvertreterin)
- 1 Vertreter*in des Integrationsrates:
 - Frau Adilovic, Frau El Alaoui (Stellvertreterin)
- 1 Vertreter*in des Beirates für Behindertenfragen:
 - Herr Dr. Bruder, Herr Winkelmann (Stellvertreter)
- 1 Vertreter*in des Seniorenrates:
 - Frau Huber, Herr Dr. Aubke (Stellvertreter)
- 1 Vertreter*in des Psychiatriebeirates:
 - Herr Müller, Herr Klein (Stellvertreter)
- 2 Vertreter*innen der Wohlfahrts- und Jugendverbände:
 - Frau Häckel, Frau Puffer (Stellvertreterin)
 - Herr Paus, Herr Varnholt (Stellvertreter)
- Sozialdezernent der Stadt Bielefeld (Vorsitz)
- 2 Vertreter*innen aus dem Büro für Sozialplanung (Schriftführung)

- abweichend vom Beschlussvorschlag bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 15

Antrag der psychologischen Frauenberatung zur Fortführung einer Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6875/2020-2025

Frau Weißenfeld merkt an, dass das Polizeigesetz des Landes Nordrhein-Westfalen zwar die Beratung fordere, aber nie die Finanzierung benenne. Der Antrag solle in die Haushaltsberatungen eingebracht werden. Dagegen gibt es keine Einwände.

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Informationsvorlage der Verwaltung zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 16

Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Wahrnehmung von Aufgaben nach dem Heilpraktikergesetz zwischen der Stadt Bielefeld und den Kreisen im Regierungsbezirk Detmold

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6587/2020-2025

Frau Harmsen führt zu den Fragen von Frau Beyer und Frau Wegener aus, dass es sich um eine Pflichtaufgabe der Verwaltung handele. Seit 2012 sei sie von der Stadt Köln übernommen worden und die Stadt Bielefeld habe dafür rd. 6.000 Euro jährlich gezahlt. Diese nicht auskömmliche Kalkulation habe u.a. dazu geführt, dass die Stadt Köln die öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Aufgabenerfüllung mit den anderen Kommunen gekündigt habe.

Herr Adamski weist darauf hin, dass es für die Stadt Bielefeld kostengünstiger sei, die Aufgabe auch für die Kreise im Regierungsbezirk Detmold zu übernehmen. Durch die Umlage des Gesamtaufwandes, also auch der Grund- und Fixkosten - verblieben ca. 29.000 Euro bei der Stadt Bielefeld. Der Fall, dass die Stadt die Aufgabe nur für sich wahrnehme, käme deutlich teurer.

Frau Harmsen antwortet Herrn Copertino, dass das Gesundheitsamt für seine eigene neue Kalkulation sowohl die Daten der Stadt Köln als auch die Erfahrungen aus der früheren Vereinbarung mit dem Kreis Minden-Lübbecke ausgewertet habe. Derzeit schaue sich das Gesundheitsamt zusammen mit dem Amt für Organisation die Prozesse sowie die Digitalisierungsmöglichkeiten an. Die Kreise in OWL begrüßten dieses Vorgehen und signalisierten ihr Interesse an einer nachhaltigen beständigen Lösung.

Herr Gugat fragt, welche Einflussmöglichkeiten sich durch die Heilpraktiker-Überprüfungen ergäben und bittet um eine Information des Sozial- und Gesundheitsausschusses. Hierzu erläutert Frau Harmsen, dass eine zentrale Prüfung die Qualität sowie die Vergleichbarkeit sichere und einen „Prüfungstourismus“ verhindere. Eine wünschenswerte landesweite Lösung sei derzeit nicht in Sicht. Frau Harmsen macht Ausführungen zur schriftlichen und mündlichen Prüfung.

Herr Weber wünscht sich einen Bericht nach einem angemessenen zeitlichen Abstand. Frau Harmsen antwortet, dass eine Evaluation nach zwei Jahren vorgesehen sei. Herr Adamski ergänzt, dass die geregelte Ausbildung von Heilpraktiker*innen dazu beitrage, die Versorgungsqualität zu sichern und sagt eine regelmäßige Berichterstattung zu.

Herr Hood begrüßt die Kooperationsanstrengungen der Verwaltung und hält die geplante Vereinbarung für ein gutes Projekt, über dessen Erfolg in zwei Jahren geurteilt werde.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld zu beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, zum Zwecke der Wahrnehmung der Aufgaben nach dem Heilpraktikergesetz zum 01.01.2024 eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit den Kreisen im Regierungsbezirk Detmold zu schließen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 17 Haushaltsplanberatungen für den Haushalt 2024

Vorsitzende Frau Gorsler verweist auf die zu den Tagesordnungspunkten 17.1. bis 17.5. jeweils vorliegenden Antworten der Verwaltung zu den Fragen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Frau Weißenfeld erläutert, dass den Haushalts- und Stellenplänen der einzelnen Organisationseinheiten inhaltlich zugestimmt werden könne, aber die Beschlussfassung dennoch unter dem Vorbehalt der abschließenden Haushaltsberatungen erfolge. Sie stellt den Antrag, die Beschlüsse wie folgt zu ergänzen:

„Der Haushalts- und Stellenplan für - ... - wird vorbehaltlich der FiPA-Schlussberatungen beschlossen. Da die aktuelle Haushaltslage zurzeit noch nicht vollständig bewertbar und die Gesamthaushaltslage zu berücksichtigen ist, wird in den Schlussberatungen im FiPA oder aber auch im Rat abschließend beraten, ob Anpassungen nötig sein werden.“

Herr Copertino führt aus, warum die CDU-Fraktion den Beschlussvorlagen zu den Tagesordnungspunkten 17.1. bis 17.5 nicht zustimmen werde. In ihnen seien lediglich Steigerungen zu erkennen. Im Übrigen lägen für die Ablehnung durch seine Fraktion die gleichen Gründe wie im Vorjahr vor, deren Wiederholung an dieser Stelle er nicht für notwendig erachte.

Herr Hood bedankt sich für die ausführlichen Antworten der Verwaltung. Er sehe eine große fachliche Übereinstimmung mit der Opposition, so dass er sich von ihr einen positiveren Umgang mit dem Etat wünsche.

Vorsitzende Frau Gorsler verliest nochmals die Ergänzung, die jedem Beschlussvorschlage der Tagesordnungspunkte 17.1. bis 17.5. vorangestellt werden soll und tritt dann in die Beschlussfassung ein.

Zu Punkt 17.1 Haushaltsplan und Stellenplan 2024 für den Stab des Dezernats Soziales und Integration

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6530/2020-2025

Abweichender Beschluss:

Der Haushalts- und Stellenplan für den Stab des Dezernats 5 - 095 - wird vorbehaltlich der FiPA-Schlussberatungen beschlossen. Da die aktuelle Haushaltslage zurzeit noch nicht vollständig bewertbar und

die Gesamthaushaltslage zu berücksichtigen ist, wird in den Schlussberatungen im FiPA oder aber auch im Rat abschließend beraten, ob Anpassungen nötig sein werden.

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld, den Haushaltsplan 2024 mit den Plandaten für die Jahre 2025 bis 2027 wie folgt zu beschließen:

1. Den **Zielen und Kennzahlen** der Produktgruppen 11.01.22, 11.05.05, und 11.05.06 wird zugestimmt.
2. Den **Teilergebnisplänen** der

Produktgruppe	mit ordentlichen Erträgen	mit ordentlichen Aufwendungen	Ergebnis (Budget)
11.01.22 Verwaltungsleitung – Dezernat Soziales und Integration	76 €	491.482 €	491.406 €
11.05.05 Jobcenter Arbeitsplus Bielefeld	2 €	8.792 €	8.790 €
11.05.06 REGE	2 €	2.211.467 €	2.211.465 €
Summen	80 €	2.711.741 €	2.711.661 €

und den **Teilfinanzplänen A und B** der

Produktgruppe	Investive Einzahlungen	Investive Auszahlungen	Ergebnis (Budget)
11.01.22 Verwaltungsleitung – Dezernat Soziales und Integration	0 €	2.500 €	2.500 €

wird zugestimmt, soweit keine abweichenden Einzelbeschlüsse gefasst werden.

3. Dem **Stellenplan 2024** für den Stab des Dezernats 5 – 095 – wird zugestimmt.

- abweichend vom Beschlussvorschlag mit Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 17.2 Haushalts- und Stellenplan 2024 für das Kommunale Integrationszentrum

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6501/2020-2025

Abweichender Beschluss:

Der Haushalts- und Stellenplan für das Kommunale Integrationszent-

rum - 170 - wird vorbehaltlich der FiPA-Schlussberatungen beschlossen. Da die aktuelle Haushaltslage zurzeit noch nicht vollständig bewertbar und die Gesamthaushaltslage zu berücksichtigen ist, wird in den Schlussberatungen im FiPA oder aber auch im Rat abschließend beraten, ob Anpassungen nötig sein werden.

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld, den Haushaltsplan 2024 mit den Plandaten für die Jahre 2025 bis 2027 wie folgt zu beschließen:

1. Den Zielen und Kennzahlen der Produktgruppe 11.01.27 „Kommunale Integrationsarbeit“ wird zugestimmt.
2. Dem Teilergebnisplan der Produktgruppe 11.01.27 wird zugestimmt:

Produktgruppe	Bezeichnung	mit ordentlichen Erträgen	mit ordentlichen Aufwendungen	Ergebnis (Budget)
11.01.27	Kommunale Integrationsarbeit	906.461,58 €	2.595.613,56 €	1.689.151,98 €

3. Dem Teilfinanzplan A der Produktgruppe 11.01.27.06 wird zugestimmt.
4. Dem Stellenplan 2024 für das Kommunale Integrationszentrum entsprechend Anlage 1 (Gesamtveränderungsliste 2024) wird zugestimmt.
5. Den speziellen Bewirtschaftungsregeln der Produktgruppe 11.01.27 „Kommunale Integrationsarbeit“ wird zugestimmt.

- abweichend vom Beschlussvorschlag mit Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 17.3 Haushaltsplan und Stellenplan 2024 für das Amt für soziale Leistungen - Sozialamt

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6498/2020-2025

Abweichender Beschluss:

Der Haushalts- und Stellenplan für das Amt für soziale Leistungen - Sozialamt - 500- wird vorbehaltlich der FiPA-Schlussberatungen beschlossen. Da die aktuelle Haushaltslage zurzeit noch nicht vollständig bewertbar und die Gesamthaushaltslage zu berücksichtigen ist, wird in den Schlussberatungen im FiPA oder aber auch im Rat abschließend beraten, ob Anpassungen nötig sein werden.

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld, den Haushaltsplan 2024 mit den Plandaten für die Jahre

2025 bis 2027 wie folgt zu beschließen:

1. Den **Zielen und Kennzahlen** der Produktgruppen 11.01.66, 11.05.01, 11.05.02 und 11.05.03 wird unter Berücksichtigung der als Anlage 6 beigefügten „Veränderungsliste Haushaltsplanaufstellung 2024 – 2027 (Statistische Kennzahlen)“ mit den aufgeführten Änderungen zugestimmt.
2. Den **Teilergebnisplänen** der nachstehenden Produktgruppen wird unter Berücksichtigung der als Anlage 2 beigefügten „Veränderungsliste Haushaltsplanaufstellung 2024 – 2027 (Ergebnisplanung) mit den aufgeführten Änderungen zugestimmt, soweit keine abweichenden Einzelbeschlüsse gefasst werden:

Produktgruppe	Ordentliche Erträge	Ordentliche Aufwendungen	Finanzerträge	Ordentliches Ergebnis
11.01.66 SGA, Seniorenrat, Beiräte	2.493 €	136.328 €	0 €	133.835 €
11.05.01 Grundsicherung für Arbeit	90.355.486 €	142.520.460 €	0 €	52.164.974 €
11.05.02 Sicherung des Lebensunterhalts	71.952.080 €	97.634.167 €	12.000 €	25.670.087 €
11.05.03 Besondere soziale Leistungen	15.791.901 €	80.756.227 €	0 €	64.964.326 €
Insgesamt	178.101.960 €	321.047.182 €	12.000 €	142.933.222 €

3. Den **Teilfinanzplänen A und B** der nachstehenden Produktgruppe wird zugestimmt:

Produktgruppe	Investive Einzahlungen	Investive Auszahlungen	Ergebnis 2024
11.05.01 Grundsicherung für Arbeit	51.000 €	114.100 €	63.100 €
Insgesamt	51.000 €	114.100 €	63.100 €

4. Den **speziellen Bewirtschaftungsregeln** der Produktgruppen 11.05.01, 11.05.02 und 11.05.03 wird zugestimmt.
5. Dem **Stellenplan 2024** für das Amt für soziale Leistungen - Sozialamt - wird zugestimmt.

- abweichend vom Beschlussvorschlag mit Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 17.4 Haushaltsplan und Stellenplan 2024 für das Büro für Sozialplanung

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6334/2020-2025

Abweichender Beschluss:

Der Haushalts- und Stellenplan für das Büro für Sozialplanung – 540 – wird vorbehaltlich der FiPA-Schlussberatungen beschlossen. Da die aktuelle Haushaltslage zurzeit noch nicht vollständig bewertbar und die Gesamthaushaltslage zu berücksichtigen ist, wird in den Schlussberatungen im FiPA oder aber auch im Rat abschließend beraten, ob Anpassungen nötig sein werden.

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld, den Haushaltsplan 2024 mit den Plandaten für die Jahre 2025 bis 2027 wie folgt zu beschließen:

1. Den **Zielen und Kennzahlen** der Produktgruppe 11.01.31 wird zugestimmt.
2. Dem **Teilergebnisplan** der

Produktgruppe	Haushaltsjahr	mit ordentlichen Erträgen	mit ordentlichen Aufwendungen	Ergebnis (Budget)
11.01.31 Integrierte Sozialplanung u. Prävention	2024	51.517 €	4.099.372 €	4.057.855 €

und den **Teilfinanzplänen A und B** der

Produktgruppe	Haushaltsjahr	Investive Einzahlungen	Investive Auszahlungen	Ergebnis (Budget)
11.01.31 Integrierte Sozialplanung u. Prävention	2024	0 €	4.000 €	4.000 €

wird unter Berücksichtigung der als Anlage 2 beigefügten Veränderungsliste Haushaltsplanaufstellung 2024 - 2027 mit den aufgeführten Änderungen zugestimmt.

3. Den **speziellen Bewirtschaftungsregeln** der Produktgruppe 11.01.31 für den Haushalt 2024 wird zugestimmt.
4. Dem **Stellenplanentwurf** 2024 für das Büro für Sozialplanung wird unter Berücksichtigung der als Anlage 3 beigefügten Veränderungsliste mit den aufgeführten Änderungen zugestimmt.

- abweichend vom Beschlussvorschlag mit Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 17.5 Haushaltsplan und Stellenplan 2024 für das Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6520/2020-2025/1 und 6831/2020-2025

Bereitstellung ausreichender Finanzmittel im Haushaltsplan 2024 für die Konzepte Hitzeaktionsplan sowie Hausärztliche Versorgung (Antrag des Seniorenrates vom 16.08.2023)

Vor der Beschlussfassung über die Haushaltsvorlage des Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes lässt Vorsitzende Frau Gorsler über den Antrag des Seniorenrates, **Drucks.-Nr. 6831/2020-2025**, beraten.

Hierzu merkt Frau Harmsen an, dass für den Hitzeaktionsplan Kosten in Höhe von 85.000 Euro in 2023 und 75.000 Euro in 2024 eingestellt seien für Maßnahmen wie z.B. einschlägige Aktionen und Veranstaltungen oder Fortbildungen in Einrichtungen. Zusätzliche Personalkosten seien nicht vorgesehen.

Hinsichtlich der Hausärztlichen Versorgung seien in 2024 keine Mittel für einen „Kümmerer“ im Gesundheitsamt zur Verbesserung der Haus- und Kinderärztlichen Versorgung eingeplant, da sich das Konzept noch in der Diskussion befinde. Entsprechende Personalkosten würden für 2025 einkalkuliert.

Herr Hood schlägt vor, eine Abstimmung über den Antrag zu verschieben und ihn dann zusammen mit der Beratung der Vorlage über die Haus- und Kinderärztliche Versorgung zu behandeln. Frau Huber schließt sich diesem Vorschlag an.

Vorsitzende Frau Gorsler stellt das Einverständnis des Sozial- und Gesundheitsausschusses mit dem vorgeschlagenen Vorgehen fest:

- die Entscheidung wird vertagt. -

-.-.-

Hierauf lässt Vorsitzende Frau Gorsler über die Nachtrags-Haushaltsvorlage des Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes, **Drucks.-Nr. 6520/2020-2025/1**, abstimmen.

Abweichender Beschluss:

Der Haushalts- und Stellenplan für das Gesundheits-, Veterinär und Lebensmittelüberwachungsamt – 530 – wird vorbehaltlich der FiPA-Schlussberatungen beschlossen. Da die aktuelle Haushaltslage zurzeit noch nicht vollständig bewertbar und die Gesamthaushaltslage zu berücksichtigen ist, wird in den Schlussberatungen im FiPA oder aber auch im Rat abschließend beraten, ob Anpassungen nötig sein werden.

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld, den Haushaltsplan 2024 mit den Plandaten für die Jahre 2025 bis 2027 wie folgt zu beschließen:

1. Den **Zielen und Kennzahlen** der Produktgruppen 11.02.03, 11.02.04, 11.02.05, 11.07.01, 11.07.02, 11.07.03, 11.07.04, 11.07.05 wird zugestimmt.
2. Den **Teilergebnisplänen 2024** der

Produktgruppe	mit ordentlichen Erträgen	mit ordentlichen Aufwendungen	Ergebnis (Budget)
11.02.03 Lebensmittelüberwachung	136.731 €	2.480.520 €	2.343.789 €
11.02.04 Veterinärwesen/ Artenschutz	19.500 €	587.372 €	567.872 €
11.02.05 Fleischhygiene	50.000 €	45.352 €	-4.648 €
11.07.01 Gesundheitsförderung	565.369 €	2.840.520 €	2.275.151 €
11.07.02 Gutachten/ Stellungnahmen	385.977 €	482.996 €	97.019 €
11.07.03 Gesundheitshilfe	255.657 €	2.932.767 €	2.677.110 €
11.07.04 Gesundheits- und Infektionsschutz	2.024.659 €	2.878.374 €	853.715 €
11.14.05 Medizinische Ausbildung OWL	0 €	26.800 €	26.800 €
Summen	3.437.893 €	12.274.701 €	8.836.808 €

und den **Teilfinanzplänen A und B** der

Produktgruppe	Investive Einzahlungen	Investive Auszahlungen	Ergebnis (Budget)
11.02.03 Lebensmittelüberwachung	0 €	3.000 €	3.000 €
11.02.04 Veterinärwesen/ Artenschutz	0 €	1.000 €	1.000 €
11.07.01 Gesundheitsförderung	0 €	5.500 €	5.500 €
11.07.02 Gutachten/ Stellungnahmen	0 €	17.000 €	17.000 €
11.07.03 Gesundheitshilfe	0 €	1.500 €	1.500 €
11.07.04 Gesundheits- und Infektionsschutz	0 €	2.000 €	2.000 €
Summen	0 €	30.000 €	30.000 €

wird zugestimmt, soweit keine abweichenden Einzelbeschlüsse gefasst werden.

3. Dem **Stellenplan 2024** für das Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt auf Grundlage des Haushalts- und Stellenplamentwurfes wird zugestimmt (siehe hierzu die Veränderungsliste in der Anlage 1 sowie die Erläuterungen zum Stellenplan unter Ziffer 3 nebst Anlage 2).
4. Den **speziellen Bewirtschaftungsregeln** der Produktgruppen 11.02.03, 11.02.04, 11.02.05, 11.07.01, 11.07.02, 11.07.03, 11.07.04 und 11.07.05 für den Haushaltsplan 2024 wird zugestimmt.

- abweichend vom Beschlussvorschlag mit Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 18 Öffentliche Toiletten in Bielefeld - Sachstand

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6876/2020-2025

Vorsitzende Frau Gorsler eröffnet die Aussprache über die Informationsvorlage der Verwaltung. Herr Copertino bedankt sich für die Vorlage und regt an, zunächst die angekündigten Sofortmaßnahmen umzusetzen und abzuwarten, welche Wirkung sie entfalten. Erst danach solle über die Vergabe eines Gutachtens beraten werden.

Auch Herr Eilmes begrüßt die Vorlage. Er kritisiert, dass es sehr lange gedauert habe, bis auf die Anregung des Seniorenrates in 2016 mit dieser Informationsvorlage reagiert worden sei. Seine Fraktion wünsche sich die Erstellung des Gutachtens, um eine gesamtstädtische Perspektive zu erhalten. Das genaue Vorgehen werde innerhalb der Koalition intern noch beraten werden.

Frau Weißenfeld stimmt ihren Vorrednern hinsichtlich der Wichtigkeit des Themas zu. Sie merkt an, dass in der Liste Toiletten fehlen würden, so z.B. die auf dem Johannisberg oder in Brackwede. Sie regt an, die Bezirksvertretungen einzubinden, da dort die gute Ortskenntnis vorhanden sei.

Frau Weißenfeld und Frau Beier unterstützen den Vorschlag, die Sofortmaßnahmen umzusetzen, denn die Handlungsschwerpunkte wie z.B. die Umsteigepunkte seien bekannt.

Frau Huber weist daraufhin, dass alle Parteien anlässlich der Kommunalwahl zugestimmt hätten, dass öffentliche Toiletten gewünscht seien und ein Konzept erstellt werden solle. Dies wünsche sie sich zeitnah.

Vorsitzende Frau Gorsler schließt die Aussprache.

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Informationsvorlage der Verwaltung zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 19

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Frau Krutwage berichtet, dass für die nächste Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses die Punkte „Hitzeaktionsplan“ und „Haus- und kinderärztliche Versorgung“ avisiert seien.

-.-.-

Vorsitzende Frau Gorsler stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Sylvia Gorsler
(Vorsitzende)

Britta Zimmermann
(Schriftführung)